

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

58. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 17. Juli 1920

Einzelgenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkts- und Todesanzeigen 20 Pf., die übrigen Anzeigen 60 Pf., die Zelle. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 78

### Die einzige Rettung!

In Versailles wurde vor Jahresfrist dem deutschen privatrechtlichen und militaristischen Imperialismus in rückwärtsloser Weise der Daumen aufs Auge gedrückt. Das gelang nicht von prinzipiellen Gegnern dieser gewalttätigen Auswüchse der sogenannten Zivilisation, sondern von gleichgelagerten Konkurrenten einfach auf Grund des brutalen „Rechts“ des Stärkeren. Es war leider nur eine allzu buchstäbliche und sinnlose Umkehrung des vorausgegangenen Beispiels Ludendorffscher Generalstabsstrategie und Sinnes'cher Kapitalistenpolitik, wie sie zwei Jahre vorher in Brest-Litowsk dem unter der Kriegsflagge zusammengebrochenen russischen Volke gegenüber von deutschen Säbel- und Mauthelmen angefaßt worden war. Gewaltmänner, die auch für das Sehnen und Verlangen der deutschen Arbeiterschaft nach Befreiung aus den Fesseln der privatrechtlichen Anechtung zum größten Teil nur Hohlräume, Spott, wirtschaftliche Erdrosselung, Schlingengräben, Mauthelmen, Gefängnis, Zuchthaus und ähnliche „Selbstmitleid“ in Hülle und Fülle übrig hatten, erlebten durch Versailles gegen sich selbst gerichtet nur, was ihre „Herren“ in einem verblüffenden Siegestraumel in Brest-Litowsk früher schon anbeten antun wollten.

In Spa wurde in den letzten Tagen dieses Bild von Versailles, das von vielen mit sozialer und wirtschaftlicher Blindheit gleichgültigen Anhängern aller Schallierungen des plutokratischen und privatrechtlichen Klassengesetzes in Deutschland immer wieder zu frühen und zu vernünftigen Verzicht wurde, aufs neue aufgefressen. Im Osten Europas dagegen erobert gleichzeitig die ehemalige Besetzung von Brest-Litowsk nicht nur diesen wirtschaftlich gewordene Kanonka am sagenreichen Zug wieder zurück, sie trieben sogar die noch vor kurzem so großmütige Multinationale Regelung der Polen wie Irdischer von Stadt zu Stadt; der deutsche Grenze immer näher! Damit ist für das deutsche Volk und insbesondere für die deutsche Arbeiterschaft eine Situation entstanden, die in ihren Tiefen in schicksalsschwerem Gegenfuge zu tener bei Ausbruch des Weltkriegs im August 1914 steht.

Hätte es sich in Versailles wie in Spa nur um das Schicksal der Hohenpollern, ihrer betretenen Götterdiener und Raketen oder nur um die Geldfrage und den Kulturfiskus der Stinnes, Illstein usw. gehandelt, so könnte man der Sache ihren Lauf und die weiteren Dinge an sich herankommen lassen. Aber in Wirklichkeit hängt zwischen Spa und Warschau die Zukunft des gesamten deutschen Volkes, und damit, als dessen größtem Teil, das Schicksal der gesamten deutschen Arbeiterschaft. Versailles und Spa werden zu politischen Krüppeln herabzinken, wenn der Vormarsch der roten Armeen im Osten vor den deutschen Grenzen nicht haltmachen wird, weil in Deutschland noch der Geist eines Fehrenbach, Gehler und v. Seeck, wie er in Spa zum Ausdruck kam, sich auf Rob und Reizge kann und will.

In Versailles schaltete ein Wilson am blinden Rachen ein Clemenceau; in Spa dagegen strahlte ein Lloyd George an dem einfachen deutschen Gewerkschaftsführer Kue, obwohl er sich kurz zuvor durch eines Sinnes Bramarbakteren zu neuen Diktaten gekräftigt und gedüngt lähnte. Der Vertreter der Arbeiter, der im Dienste seiner Berufsgenossen ergraute Bergarbeiterführer Kue, war es dagegen, der den Diktatorwillen der Sieger ins Schwanken brachte, und zwar durch das einfache Bekenntnis ehrlicher Bereitwilligkeit zur Wiedergutmachung und Wählerveröhnung ohne jede Zwischfälligkeit oder diplomatische Hinterhältigkeit. Dazu brauchte Kue keine ordnungsmäßige Brust und keine 200000 Mann Reichswehr; ebensowenig eine besondere juristische Schonung für irgendwelche Kriegsverbrecher. Er brauchte nur den gleichberechtigten und doch stärkeren Willen zur Tat und Mitarbeit der deutschen Arbeiterschaft am Wiederaufbau nicht nur Frankreichs, sondern der ganzen Welt. Gest und mußte wies Kue darauf hin, daß jede Zwangsmäßigkeit bei der deutschen Arbeiterschaft nur das Gegenteil von dem herbeiführen werde, was

dadurch bezweckt werden sollte. Für ihn spielte weder der Geldsack, noch der Besitz von Mordwaffen eine Rolle, sondern einzig und allein die Frage, wie wird der deutsche Arbeiter leistungsfähiger und arbeitsfreudiger? Das ist volkswirtschaftlich gedacht, der Kernpunkt, um den sich vernünftigerweise alles drehen sollte und mühte, wenn das deutsche Volk und mit ihm die gesamte Menschheit wieder hochkommen soll. Vor diesen volks- und weltwirtschaftlichen Axiom aller menschlichen Kultur beugte sich der stolze und kluge Engländer; er drückte Kue die Hand für sein mußtes aber auch durchaus sachliches Bekenntnis ehrlichen Willens zur Veröhnung und freiwilligen Tat.

Was in dieser Form und Wirkung der deutsche Gewerkschaftsführer Kue den offiziellen Vertretern der Alliierten in Spa in männlicher Überzeugung sagen konnte, entspricht dem Willen der gesamten gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft Deutschlands jedoch nicht nur nach außen, sondern auch nach innen. Mag am grünen Tisch in Spa, Paris, London, New York usw. gegen den Willen der Arbeiterschaft Deutschlands beschlossen werden was da will, sie wird auf das natürliche Recht der Selbsthilfe zur Abwehr feindlicher Anschläge über Anhebungen nicht verzichten. Sie wird auf dieses Recht aber noch viel weniger verzichten, wenn es sich um eine solche Abwehr im eigenen Lande handelt. Mögen die herrschenden Gewalten und Klassen in Deutschland noch so sehr bemüht sein, der Arbeiterschaft in ihrem Kampf um eine endliche Befreiung aus den privatrechtlichen Fesseln, fortgesetzt neue Hindernisse aufzulegen oder andere Wege entgegenzusetzen: Kue hat auch darauf in Spa die Antwort gegeben: Der Weltkrieg, als deutliche Ölberdämmung der privatrechtlichen Wirtschaftsverordnung hat der organisierten Arbeiterschaft der ganzen Welt, insbesondere aber der deutschen die Augen geöffnet und ihr den moralischen wie materiellen Sumpf und Abgrund enthüllt, in den die Menschheit durch diese unnatürliche Gesellschaftsordnung gestürzt worden ist. Und die Sage von Spa haben der deutschen Arbeiterschaft mit aller Deutlichkeit bewiesen, daß die Sorge der regierenden Männer in Deutschland um eine möglichst schonende Behandlung der Kriegsverbrecher viel größer ist, als der ernste Wille zur strafrechtlichen Verfolgung der verantwortlichen Anstifter und Führer des Kapp-Putschs; während Hunderte von Arbeitern wegen revolutionärer Eigenmächtigkeiten schon längst hinter Schloß und Riegel fielen, teilweise auch schon längst zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden. Spa hat der deutschen wie der Arbeiterschaft der ganzen Welt ferner bewiesen, daß die Sorge vieler gegenwärtig regierenden Männer in Deutschland um die Erhaltung und Bewahrung von Hunderttausenden Reichswehrgelübten als Schutztruppe gegen den „inneren Feind“ viel größer ist als der Wille, die Wurzeln dieses inneren Feindes, die privatrechtliche Ausbeutung und die verzehrende Arbeitslosigkeit in englischer Zusammenarbeit mit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft gründlich auszurotten.

Hier ist der Punkt, der für Deutschlands Zukunft in kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht von allergrößter Bedeutung ist. Die ersten beiden Tagesordnungspunkte der Verhandlungen in Spa selgen den Barometerstand für die inneren Verhältnisse des deutschen Volkes. Sein Tiefstand zeigt auf bevorstehende schwere Niederlagen in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht. Und demgegenüber steht die einem jeden deutschen Arbeiter aus dem Herzen kommende Frage des deutschen Bergarbeiterführers Kue: Wie wird der deutsche Arbeiter leistungsfähiger und arbeitsfreudiger? Während Sinnes als Typus des internationalen privatrechtlichen Unternehmertums zur Erfüllung der harten Bedingungen des Friedensvertrages die Verlängerung der Arbeitszeit als einzigen Ausweg heurteilt, fordert Kue unter Berufung auf die gemeinsamen Interessen aller Arbeiter der Welt, also auch jener in den Ländern der Entente, die Anerkennung und Sachhaltung der sechsstündigen Arbeitszeit im Bergbau. Kue bekräftigt damit, daß bei weitem wichtigerer Arbeits-

zeit nicht nur die großen sozialen und wirtschaftlichen Gefahren der Arbeitslosigkeit vermieden werden, daß dadurch gleichzeitig sich auch die Leistungsfähigkeit steigern und die ernste Durchführung des großen Problems des Wiederaufbaues einer gerechteren Gesellschaftsordnung für alle Länder der Erde erleichtert wird. Während also Sinnes diese Aufgabe nur unter neuer Belastung der Arbeiterschaft und weiterer Entlastung der privatrechtlichen Interessenten zu lösen verucht, stellt Kue einen direkt gegenteiligen Standpunkt dem deutschen wie dem gesamten internationalen privatrechtlichen Kapitalismus gegenüber.

So sehen wir in Spa wie in Versailles kein andres Bild, als die Konzentration diplomatischer Sophismen zur weiteren Festigung privatrechtlicher Vorrechte auf Kosten der deutschen Arbeiterschaft. Soweit hierbei die Absichten der ausländischen „Sieger“ in Frage kommen, wurde ihnen durch Kue mit zweifelsfreier Deutlichkeit gesagt, daß sie sich auf dem Solwege befinden, wenn sie glauben, gegen den Willen der deutschen Arbeiterschaft ihre habgierigen Ziele erreichen zu können. Aber nicht nur sie werden gegen den Willen der Arbeiterschaft nicht zum Ziele kommen; auch das deutsche Unternehmertum wird unter dem Druck von Spa alsbald zur Erkenntnis kommen müssen, daß in der bisherigen Weise in Deutschland nicht mehr fortgewürfelt werden kann. Der ganze Wiederaufbau nebst Entschädigungsprogramm wird nur durchgeführt werden können, wenn die deutsche Arbeiterschaft mit Leib und Seele dabei sein wird. Denn nur die Arbeit kann uns retten; und damit auch nur die Arbeiterschaft! Nur wenn es möglich sein wird, die große Mehrheit der Arbeiterschaft zu freiwilliger Selbsteinstellung in einen vernünftigen und auch für sie ertragreicheren Produktionsprozess zu gewinnen, wird der Druck von Versailles und Spa Deutschland nicht erdroffeln, sondern befreien und zu einer höheren Kulturstufe führen. Wenn aber in der bisherigen Weise die gesamte deutsche Produktion der Willkür privatrechtlicher Profitinteressen auch in Zukunft ausgeliefert bleiben soll, dann wird sich der Geist des persönlichen wie organisierten Widerstandes innerhalb der Arbeiterschaft in wenigen Wochen oder Monaten wie ein Flugfeuer zu einer neuen revolutionären Feuersbrunst entflammen und, verstärkt durch den Riesenschlag im Osten, auch die stärksten Säulen privatrechtlicher Herrschaft in Deutschland wie in ganz Europa zermalmen. Daran werden auch die Heere der Diktatoren von Versailles und Spa nichts ändern. Die Engländer werden sich hüten, ihre Truppen der hochgewinnlichen Anstreckung auszuliefern; sie werden sich vielmehr freuen, wenn die Franzosen sich dabei die Finger verbrennen. Mit der Sowjetregierung verhandelt die englische Regierung heute schon, weil sie weiß, daß sich jene auf die russische Arbeiterschaft in Stadt und Land stützt. Der deutschen Regierung dagegen diktierte man in Spa, weil sie der Gangball parteipolitischen Theorien und Doktrinen ist und bei der deutschen Arbeiterschaft kein Vertrauen genießt. Kue, der Vertreter der deutschen Arbeiterschaft, konnte sich dagegen auf die Kraft und den Willen der deutschen Gewerkschaften stützen; und daher nahm der Vertreter Englands in Spa ihm gegenüber den gleichen vernünftigen Standpunkt ein, wie gegenüber den Abgesandten der Sowjets.

In diesen Zusammenhängen kennzeichnet sich die einzige mögliche Rettung der deutschen Volkswirtschaft vor dem endgültigen Zusammenbruch. Auf den großen Generalstab der Gewerkschaften Deutschlands und seinen Führer Legien richteten sich in diesen Tagen die Augen von 8 Millionen deutscher Arbeiter in der festen Zuversicht, daß die Macht (nicht die Gewalt) der deutschen Gewerkschaften zu gegebener Zeit zu einer einheitlichen und geschlossenen Abwehr ungerader Forderungen der Diktatoren von Spa wie auch gegen die daran schuldigen Sinnes und Stinnesforten zur Geltung gebracht wird. Denn sowohl Brest-Litowsk wie Versailles und Spa haben bewiesen, daß die einzige mögliche Rettung des deutschen Volkes nur noch in den Händen seiner Arbeiterschaft, und zwar nur noch bei den Gewerkschaften liegt!

# Die Bedeutung der Gewerkschaften im heutigen Rußland

Das Okzupations-Institut in Breslau hat vor einiger Zeit die „Geseßgebung der Volkswirtschaft“ in deutscher Übersetzung herausgegeben. (Leubners Verlag, Leipzig und Berlin.) Hierin ist es gelungen sich auf authentischer Grundlage wider, in welchem Grade sich die sozialistische Idee in Rußland durchgesetzt hat.

Eine der ersten Maßnahmen war die gesetzliche Einführung des Achtstundentags. Die Nachtarbeit der Frauen und Jugendlichen unter 16 Jahren ist verboten, Jugendlichen unter 16 Jahren dürfen nur sechs Stunden arbeiten. Für alle Entscheldungen auf dem Gebiete des Arbeitswesens sind die Gewerkschaften maßgebend und einer Gewerkschaft muß jeder Werkstätige, Mann und Frau, angehören. Es gibt im bolschewistischen Rußland keine Großgrundbesitzer mehr. Die Stren- und Ackerbauern sowie der Boden des privaten Gutsbesitzers wurden ohne Entscheldung aufgehoben und dem Agrarkommune unterstellt, ausgenommen sind die Güter der Bauern und der Kischken. Der kischken Boden ist Staatsbesitz und wird periodisch unter die Landbesitzer verteilt. Es sind für die Berechnung der Normalbodenfläche für die einzelne Arbeitskraft eingehende Bestimmungen getroffen. Bedingung ist, das das übertragene Land auch ordnungsmäßig bebaut wird. Belohnt es nicht, so steht das Gesetz Bestrafen für die Eigentümer vor. Die den Eigenbedarf übersteigende Produktion dient zur Versorgung der Städte und ist an die Agrarkommune abzuliefern. Der Handel mit landwirtschaftlichen Maschinen, Sämereien und Getreide ist Staatsmonopol. Die Beschlagnahme des städtischen Grundbesitzes ist in Vorbereitung und alle Käufe, Verkäufe und Verpfändungen von städtischen Grundstücken sind verboten.

Die Gewerkschaften sind die eigentlichen Erzeuger des russischen Wirtschaftslbens. Von den Gewerkschaften sind Tarife ausgearbeitet. Es besteht Arbeitspflicht für Mann und Frau. Der Grundlohn für den mittleren Arbeiter beträgt nach den Schilberungen eines Deutschen, der Sowjetrußland aus eigener Beobachtung an Ort und Stelle in jüngster Zeit kennen lernte, 20 Rubel pro Stunde. Damit wäre ein Vermögen zu erwerben, wenn das nach bolschewistischen Gesetzen möglich wäre. Denn jedes Einkommen über 10000 Rubel wird vom Staate beschlagnahmt. Zu den Grundlohn freies, nach derselben Schilberung, Zuschläge nach folgenden drei Grundlohn: 1. für Pünktlichkeit, 2. für Innehaltung der Arbeitszeit und 3. das Akkord- und Prämialsystem. Hierzu gibt der Gewächsmann die folgende Erklärung:

Der Akkord ist von Natur sehr bequem. Die Arbeitszeit beginnt in Rußland gewöhnlich erst um 10 Uhr vormittags und dauert nie länger als bis 5 Uhr. Trotz dieses späten Arbeitsbeginns kommt der russische Arbeiter meistens aber erst gegen 11 Uhr zur Arbeit und geht schon gegen 4 Uhr wieder fort. Um nun den russischen Arbeiter an Pünktlichkeit und Ausdauer zu gewöhnen, sind die Zuschläge für Pünktlichkeit und Innehaltung der Arbeitszeit eingeführt. Die Arbeitszeit ist die gleiche für alle, sowohl Fabrikdirektor wie Maschinist. Das Akkordsystem kommt nur unter folgenden Gesichtspunkten zur Durchführung: Das Fabrikkomitee und die Gewerkschaft beschließen mit dem Fabrikarbeitsrat zusammen, wann Überstunden und Akkordarbeit geleistet werden sollen. Das ist nur in den Fällen gestattet, wo es sich darum handelt, eine für die Landesverteidigung oder für das Wirtschaftslieben dringende nötige Arbeit zu leisten oder eine Arbeit soweit fertigzustellen, daß daran am nächsten Tage von andern Arbeitern gleich weitergearbeitet werden kann. Trotz der Überstunden darf aber kein Arbeiter die im „Sowjetkoder“ festgesetzte Wochenarbeitszeit von 42 Stunden überschreiten.

In Sowjetrußland werden die alten kirchlichen Sonntag und Festtage auch heute noch wie früher gefeiert. Die religiöse Anschauung ist Privatangelegenheit und nach den Sowjetgesetzen wird derselbe schwer bestraft, der seine Mitmenschen wegen ihrer religiösen Überzeugung belästigt.

Es sind weitgehende Bestimmungen für den gesundheitlichen Schutz der Arbeiter erlassen. Die zuständigen Stellen ist die Arbeitsinspektion, die ihre Maßnahmen und Aufsicht auf alle gesundheitlichen Lebensbedingungen der arbeitenden Bevölkerung erstreckt. Die ausführenden Zentralinstanz ist das Arbeitskommissariat, von dem die Direktiven für Arbeiterschutz, Versicherung, Arbeitsvermittlung usw. ausgehen. Die unteren Organe werden von den Berufsorganisationsstellen und Stellen gewählt. Für die Arbeitsvermittlung und Kontrolle der Arbeitsstellen sorgen die Arbeitsbüros, die in allen Orten über 2000 Einwohner und in kleineren Orten auf Antrag der Berufsverbände errichtet werden. Die Arbeitsbüros sind den Selbstverwaltungen der Städte angegliedert und es werden Ausschüsse hineingesetzt, die sich aus den Vertretern der Gewerkschaften, der örtlichen Arbeiterräte und Selbstverwaltungskörper zusammensetzen. Die private Stellenvermittlung ist verboten.

Die Versicherung erstreckt sich auf alle Lohnarbeiter, ferner Angestellte unter einer gewissen Gehaltsgrenze sowie Minderbemittelte und kann auf selbständige Handwerker, Bauern und Ackerbauern ausgedehnt werden. Nach den Ausführungen der „Sozialen Praxis“ Nr. 28, der wir diese Angaben entnehmen, umfaßt die Versicherung alle Arten des Verlustes, der Erwerbsfähigkeit, sei es durch Krankheit, Unfall, Invalidität, Unfall, Missetat, Verwittung, Verarmung, sei es durch Arbeitslosigkeit. Die Kosten fallen sämtlich dem Unternehmer zur Last. Bei Verlust

der Arbeitsfähigkeit und bei Arbeitslosigkeit ist mindestens der volle Arbeitsverdienst zu gewähren. Den Wächterinnen wird neben Entscheldungskosten ein Stillgeld in Höhe von  $\frac{1}{2}$  bis  $\frac{1}{3}$  des Arbeitsverdienstes für neun Monate gewährt. Die Beiträge sind hoch. 10 Proz. des Lohnes sind für die Krankenversicherung, 4-6 Proz. für die Arbeitslosenversicherung zu entrichten.

Der sozialistische Gedanke der Überführung der Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft ist in weitestem Maße verwirklicht. Als Staatsmonopol sind erklärt: Herstellung und Vertrieb von landwirtschaftlichen Maschinen, Gold und Platin, Fabrikalien aus Edelmetall, Zündhölzern, Nichten, Getreide, Kolonialwaren. Nationalisiert sind die bedeutendsten Betriebe des Bergbaues, der Metall-, Textil-, Elektrizitäts-, Holzbearbeitungs-, Tabak-, Glas-, keramischen, Leder-, Zementindustrie, der Dampfmaschinen, des Eisenbahnverkehrs usw. Nur die kleineren Betriebe bleiben im Privatbesitz.

Es besteht Arbeitspflicht, aber auch staatliche Pensionserberechtigung für Jedermann. Für den Mann hört die Arbeitspflicht mit dem 50. Lebensjahre, für die Frau mit dem 40. Lebensjahre auf. Die Pension wird von den Gewerkschaften im Namen der Sowjetregierung gezahlt. Wer nach dem Aufhören der Arbeitspflicht doch noch arbeiten will, kann dies tun, er bekommt aber nach dem Inkrafttreten der Pension keine besondere Entscheldung, da die Pension reichlich für eine auskömmliche Lebenshaltung bemessen ist. Überhaupt ist alles Geldverdienende außerhalb der 42stündigen wöchentlichen Arbeitspflicht verboten. Durch diese Maßnahme soll die Zerstückelung neuer Kapitalisten verhindert werden. Nach bolschewistischer Auffassung hat es niemand nötig, Kapital zu sammeln, da für jedermanns Bedürfnisse und für das Alter jedes Volksgenossen vom Staate hinreichend gesorgt wird.

Da für die Frauen die gleichen staatsbürgerlichen Rechte bestehen, unterliegen sie auch der gleichen Arbeitspflicht wie für den Mann. Aber es wird auf die körperlichen Eigenheiten der Frauen Rücksicht genommen. Sie werden nur mit leichter physischer Arbeit betraut, haben kürzere Arbeitszeiten und jede Frau darf dem Arbeitsdienste sechs Tage lang im Monate fernbleiben.

In Rußland sorgt der Staat für die Kinder von der Geburt bis zum 16. Lebensjahre. Daher befreien Kinder die Frauen nicht von der Durchführung ihrer Arbeitspflicht. Allerdings ist die Frau bis zum 6. Lebensjahre des Kindes von der Arbeitspflicht entbunden, erhält aber von ihrer Gewerkschaft den gleichen Lohn, da die Ausübung der Mutterpflichten in Rußland auch als Arbeitspflicht angesehen wird. Es steht aber jeder Mutter frei, ihr Kind vom 3. Lebensjahre an in den Sowjetkinderheimen tagsüber oder dauernd unterzubringen. Für Verpflegung, Bildung und Kleidung sorgt der Staat. Er bestreift sämtliche Unkosten.

Die Kinderfürsorge ist nach Tolstois Ideen in großzügiger Weise durchgeführt. Die Kinder sind in Kinderheimen untergebracht. Es schlafen in einem Zimmer etwa 12-15 Kinder, in größeren Räumen 20. Diese Zahl darf nicht überschritten werden. Die Schwestern sind verpflichtet, mit den Kindern im gleichen Zimmer zu schlafen. Die Kindererziehung ist als staatliche Arbeit und Erfüllung der Arbeitspflicht. Die beiden Kinderheime in Petersburg wie das in ein solches Heim umgewandelte Jarenichlo Jaroskolo Selo haben zusammen ungefähr 55000 Kinder. Diese Kinderheime stehen unter der Leitung von deutschen und schweizerischen Ärzten, die Schwestern sind ebenfalls überwiegend Deutsche. Vom 6. Lebensjahre an beginnt die Schulpflicht, mit dem 16. endet sie. Es gibt nur eine Einheitschule, die aber einen reichhaltigen Lehrplan aufweist. Es wird die russische, deutsche und englische Sprache gelehrt. Mit dem 16. Lebensjahre beginnt die Handwerkspflicht, die Lehrausbildung dauert nur zwei Jahre.

Es besteht im bolschewistischen Rußland allgemeine Militärpflicht.

Unser Gewächsmann berichtet weiter, daß ihn bei seinem Aufenthalt in Rußland von den Sowjetbehörden die Bilder gezeigt wurden, die in deutschen Zeitungen über die Hungersnot in Rußland, besonders Petersburg, erschienen sind. Bei genauer Prüfung ergab sich, daß sie gefälscht sein müssen, denn verschiedene auf den Bildern sichtbare Gebäude und Landschaftszüge kommen weder in Petersburg noch in einer andern Gegend Rußlands vor. Hier hat offenbar eine tendenziöse Berichterstattung den Deutschen das Gerücht von der bolschewistischen Zuständen beibringen wollen. Derselben irreführenden Schilberungen sind auch durch journalistische Leistungen in der Presse verbreitet worden. In Rußland sind Lebensmittel überall in reichlichen Mengen vorhanden. Es besteht allerdings Zwangsrationierung, aber aus andern Gründen, als aus denen der Knappheit. Für die Rationierung sind drei Klassen vorgesehen. Klasse 1 umfaßt die Kopf- und Handarbeiter, Klasse 2 die bereits pensionierten Personen und diejenigen, die einen leichten Beruf haben, in Klasse 3 fallen diejenigen, die nicht arbeiten wollen, weil sie von ihrem Kapital leben. Die Stellungnahme der Sowjetregierung diesen Kapitalisten gegenüber besteht darin, daß man ihnen zwar ihr Geld nicht abgenommen hat und sie auch nicht zur Arbeit zwingt, aber man weiß sie in Klasse 3 der Rationierung.

Im Jahre 1919 kostete das Pfund Brot 3 Rubel, das Pfund Zucker 15 Rubel usw. In Klasse 2 erhält man statt  $\frac{1}{2}$ , nur 1 Pfund Brot täglich, außerdem  $\frac{1}{2}$  Pfund Mehl pro Kopf und Monat. Enst sind die Rationen die gleichen wie in Klasse 1. Die Kosten für Klasse 2 bestreitet die Gewerkschaft, die die Pension bezahlt. Wesentlich höhere Preise bestanden in Klasse 3 für diejenigen, die sich an der allgemeinen Arbeitspflicht nicht beteiligen. Für

lie kostete das Pfund Brot 300 Rubel, das Pfund Zucker 3000 Rubel, ein Stück Seife 950 Rubel, ein Stück Wurstzucker 50 Rubel. Es muß schon einer sehr viel Geld besitzen, wenn er sich bei diesen Preisen dauernd der Arbeitspflicht entziehen will. Die in diesen Preisen beachtlichen überbezählten Summen gelangen in den Besitz des Staates, entschließt sich aber ein Vermögender zur Arbeit, so erhält er in Klasse 1 die Lebensmittel zu den besten billigen Preisen, wie alle andern. Die volle Aufzählung befindet sich im Wochenmagazin. Die Miets für eine Dreizehnzimmerwohnung beträgt etwa 75 Rubel für den Monat, ein Nichtarbeiter würde dafür monatlich etwa 3000 Rubel bezahlen müssen. Gegenüber den Schilberungen in der deutschen Presse über die ungeheuren Kosten der Lebenshaltung in Rußland ist also kritische Vorsicht geboten, da die große Teuerung nur für die Vermögenden besteht, für die Arbeitenden aber durchaus erträgliche Lebensverhältnisse bestehen.

Wie man aus diesen Schilberungen erhellt, sind die Zustände in Rußland bei weitem nicht so schlimm, wie sie sich nach der kapitalistischen Anschauung darstellen. Entgegen aller Schwärzmalerei hat die Sowjetrepublik bisher ihre Lebensfähigkeit bewiesen. Immerhin ist der Zeitraum, seitdem sie besteht, zu kurz, um schon ein abschließendes Urteil zu fällen. Und man muß sich doch davor hüten, das russische Beispiel ohne weiteres auf Deutschland zu übertragen. Abgesehen von den Verschiedenheiten des Nationalcharakters beider Völker darf nicht übersehen werden, daß zwischen den Lebensbedingungen der Bevölkerung des russischen Agrarlandes und des deutschen Industrielandes erhebliche Abweichungen bestehen. Deutschland fehlt das ungeheure, fruchttragende Hinterland, über das Rußland verfügt. Rußland kann sich dauernd von der Welt abspinnen und von seiner eignen Bodenerzeugung leben, während wir in starkem Grade auf die Einfuhr von Lebensmitteln und industriellen Rohstoffen angewiesen sind. Ob die deutsche Agrarwirtschaft sich nach andern Prinzipien so weit umgestalten und die Bodenerzeugung sich so stark steigern läßt, daß der Ernährungsbedarf gedeckt wird, ist fraglich. Während der Kriegszeit, wo es sehr nötig gewesen wäre, ist dieser Beweis von untrer allerdings privatkapitalistisch organisierten Landwirtschaft nicht erbracht worden.

Immerhin: Die ungeheuren Erschütterungen dieses Krieges haben die alte kapitalistische Weltordnung arg ins Wanken gebracht, und es sind auch andre als die überalterten und gewohnten Lebens- und Gesellschaftsformen durchaus denkbar. Es ist möglich, daß die von Rußland ausgehende Bewegung stark genug ist, sich unter Anpassung an die Eigentümlichkeiten der einzelnen Länder die Welt zu erobern.

Niederösterreichische, C. Schmidt.

## □ □ □ Rundschau □ □ □

**Grundlohn und Teuerungszulage.** Vom Tarifamt werden wir darauf aufmerksam gemacht, daß unter Punkt Nr. 73 über die neuen Teuerungszulagen ab 5. Juli infolten einer Berichtigung bedarf, als untre Bemerkung, daß diese Teuerungszulagen außer dem Grundlohn zu zahlen sind, zu einer Menge Meinungsdivergenzen Anlaß gegeben hat. Wie wir aus der nachfolgenden Erklärung des Tarifamts erfahren, hat man dem Worte „Grundlohn“ an manchen Orten eine Auslegung gegeben, die mit dem Begriffe, den wir dabei im Auge hatten, nicht übereinstimmt. Wir verstanden darunter den bisher wenigstens für die zuletzt vorausgehenden Teuerungszulagen maßgebenden tariflichen Grundlohn. Da auch bei der Festsetzung der letzten Teuerungszulage an deren Grundlagen nichts geändert wurde, so konnten wir nicht annehmen, daß unter dem kommentarlosen Begriffe „Grundlohn“ auf einmal etwas ganz anderes als bisher bei den Teuerungszulagen verstanden werden würde. Das Tarifamt teilt uns nun mit, daß auf Grund dieser andern Auslegung des Begriffs „Grundlohn“ verschiedene Gehältern mit höheren Löhnen die ab 5. Juli geltende Teuerungszulage ihrem bisherigen Grundlohn hinzurechneten und dabei zu dem Resultat kamen, daß ihr Gesamtlohn (Grundlohn einschließlich Teuerungszulage) bisher zu niedrig bemessen war. Es ist hierbei aber folgendes unbeachtet geblieben: Bis zum Dezember 1919 war die Teuerungszulage gestaffelt nach höheren Löhnen; der zum tariflichen Minimum entlohnende Gehältern entfiel den höchsten, der zu höherem Lohne berechtigende Gehältern einen geringeren Teuerungszuschlag. Die Differenz zwischen diesen verhältnismäßig festgesetzten Teuerungszulagen betrug 4,50-9,50 Mk. Ab 15. Dezember 1919 wurde jede weitere Staffelung in der Teuerungszulage aufgehoben, d. h. für die Zukunft sollte nicht mehr gestaffelt werden. Dafür, daß bis zum 15. Dezember 1919 nach höheren Löhnen gestaffelt war, sollten die davon betroffenen Gehältern die Ausgleichssumme nach Ziffer 10 Seite 7 des grünen Abänderungsheltes erhalten. Wer von den höherentlohnenden Gehältern im Dezember 1919 diese Ausgleichssumme erhalten hat, konnte von da ab nur diejenige Teuerungszulage beanspruchen, die für alle Gehältern vom Tarifausschuß bewilligt wurde; das waren z. B. in einem Orte mit 10 Proz. Lohnschlag: Ab Januar 10 Mk. Brot- und Kartoffelzulage (Redigo nur 5 Mk.), ab März April 45 Mk., ab Mai Juli 30 Mk. Es bleibt bei den höher Entlohnenden dann immer





# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingelnommen 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 78. — Leipzig, den 17. Juli 1920

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweils nächsten Nummer.

## Kostfrei der deutschen Kollegen in Polen

An alle deutschen Verbandskollegen!

Durch Ankauf fast aller deutschen Druckereien (große und kleine) durch die Polen werden wir deutschen Kollegen langsam aber sicher nach und nach brotlos! Mit dem Augenblick, wo die Druckerei polnisch wird, erlischt auch unsere Tätigkeit, da wir die polnische Sprache nicht beherrschen. Spezialarbeiter werden vorübergehend gehalten; sobald polnischer Erfolg vorhanden, zählen auch sie zu den brotlosen Künstlern! Wir sind gezwungen, mit Weib und Kind, Hab und Gut auszuwandern, und zwar nach Deutschland! Kein andres Land nimmt uns auf! Alle in Betracht kommenden Staaten haben ihre Tore für uns geschlossen!

Deutsche Kollegen! Seid versichert, wir wissen ganz genau, daß mit jedem arbeitslosen Kollegen, der nach Deutschland einwandert, eure wirtschaftliche Lage verschlechtert wird! Wir harren daher aus, solange wir Arbeit haben und solange uns die polnische Regierung nicht zum Verlassen der polnischen Republik zwingt. Wenn wir dann heimats- und brotlos zu Euch kommen, appellieren wir an eure Kollegialität, an euer soziales Empfinden, zu helfen dort, wo Ihr könnt, und dort, wo es not tut! Durch Gewährung von vorübergehender Unterkunft, Quartier, Unterstellung von Möbeln für verheiratete Kollegen, durch Auskunft über Arbeitsmöglichkeiten könnt Ihr viel helfen! Es kommen etwa 200 Kollegen in Frage, die auswandern müssen. Wenn jeder Gau eine entsprechende Anzahl übernimmt, wird die Fürsorge sehr erleichtert.

Wir appellieren ferner an die polnischen Kollegen in Deutschland, ihre Heimat Polen aufzusuchen, sie werden hier gebraucht! Die polnischen Druckereien sind mit Aufträgen überhäuft, immer neue polnische Druckereien entstehen! Polnische Gehilfen werden überall gesucht! Während deutsche Kollegen immer mehr brotlos werden! Hier ist die Möglichkeit vorhanden, menschlich zu fühlen und zu handeln! Wir können uns gegenseitig helfen durch Wohnungs- und Stellungsankauf!

Wir haben in Polen eine Fürsorgekommission gebildet, die sich die Aufgabe gestellt hat, den fühlungslos und auswandernden Kollegen mit Rat und Tat zur Seite zu stehen. Diese Kommission bittet alle Gau-, Bezirks- und Ortsvorstände, die uns unsterblich annehmen und für Bekanntheit dieses Notkreises zu sorgen. Wir bitten, sämtliche diesbezügliche Schreiben an den Vorsitzenden der Fürsorgekommission des Verbandes der Deutschen Buchdrucker, Gau Polen, Kollegen Robert Wiesner, Polen, St. Martinstraße 46, zu senden.

Die Fürsorgekommission der Deutschen Buchdrucker in Polen  
Engelke, Langberg, Ledebow, Schaarschmidt,  
Ziel, Ernst Wiesner, Robert Wiesner.

## Gau Oder

Am 4. Juli fand in Potsdam nach siebenjähriger, durch den Krieg verschuldeten Pause wieder ein ordentlicher Gau-tag statt, dessen Hauptaufgabe es war, den seit 1914 amtierenden Vorstand zu entlasten, die Verwaltung und das Statut den veränderten Verhältnissen und den Beschlüssen der Rünberger Generalversammlung des Verbandes anzupassen. Am Sonnabend, dem 3. Juli, nachmittags wurde eine vertrauliche Bezirksvorsteherkonferenz abgehalten, die sich mit verschiedenen Vorkommnissen innerhalb des Gaus beschäftigte, um diese zu klären, Richtlinien für spätere Festsetzungen und den Gau-tag selbst zu entlasten, da die lange Pause seit dem letzten Gau-tag 1913 in Oberswalde vieles hat aufkommen lassen, was an einem Tag im Plenum nicht hätte erledigt werden können. An dieser Konferenz nahmen die elf Bezirksvorsteher sowie fünf Mitglieder des Gauvorstandes teil. In mehr als fünf Stunden währenden Verhandlungen wurden alle Vorkommnisse gründlich erörtert und hoffentlich die Bahn freigelegt zu einem gedeihlichen Zusammenarbeiten für die Zukunft.

Der Gau-tag selbst wurde am Sonntagvormittag, nachdem der Potsdamer Kollegenverein die Erschienenen mit dem Riede „Die Wälder erwachen“ begrüßt hatte, durch den Gauvorsteher Hannack mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, in der er zum Schluß die Forderung aussprach, daß die Verhandlungen für die Kollegen- und die Arbeiterkassen fruchtbringend verlaufen möchten. Namens des Ortsvereins Potsdam widmete Kollege Maßbach den Anwesenden einige Worte des Willkommens. Die

verlesene Anwesenheitsliste ergab, daß 57 Delegierte (Stein 8, Brandenburg 4, Kottbus 6, Oberswalde 4, Frankfurt a. d. O. 11, Köslin 3, Neuruppin 3, Potsdam 8, Trebbin 1, Stralsund 5, Stargard 3, Zossen 2) sowie sämtliche 11 Bezirksvorstände der Einladung gefolgt waren. Der Gauvorstand war vertreten durch den Vorsitzenden Hannack, Kollegen Behme als Vertreter des erkrankten Gaukassierers Billa und den Schriftführer Duchäus. Der Hauptvorstand wurde durch Kollegen Fülle vertreten.

Nach der Wahl eines stellvertretenden Schriftführers, einer viergliedrigen Mandatsprüfungskommission und einer aus sechs Kollegen bestehenden Plänenkommission, die auch die Remunerationen des Gauvorstandes sowie das Gehalt des angestellten Gauvorstehers vorzubereiten hat, nimmt Hannack das Wort zum Geschäftsbericht, der gedruckt vorliegt. Redner schildert die Folgen des Krieges in organisatorischer Hinsicht wie auf die wirtschaftlichen Verhältnisse des Volkes und des Gewerbes; 285 Lote hat der Gau zu verzeichnen, leider alle im besten Alter. Der Mitgliederstand war um zwei Drittel auf 874 zurückgegangen, jetzt beträgt er rund 2800, 300 mehr wie 1914. Eine Folge davon, daß das Volk aufgewacht und das Zusammengehörigkeitsgefühl gestärkt ist. Die Gaukasse hatte 1914 einen Bestand von 31815 Mk. (pro Kopf 17 Mk.), jetzt Ende 1919 57833 Mk. (pro Kopf 23,40 Mk.). An Familienunterstützung für die eingezogenen Kollegen wurden 60000 Mk. gezahlt. Seit Ende 1918 hat der Gauvorsteher auch die Geschäfte des Gehilfenvertreter übernommen, da der gewählte Vertreter aus geschäftlichen Gründen glaube nicht mehr amtierend zu können. Einen schweren Schlag habe der Bezirk Potsdam erlitten durch den Verkauf der Druckerei Imberg & Lesson (Neubabelsberg). Bis jetzt sind 50 Kollegen arbeitslos geworden, bei der bevorstehenden gänzlichen Auflösung würde auch der Rest folgen. Bei der nun folgenden Aussprache wurden erhebliche Einwendungen gegen die Geschäftsführung nicht vorgebracht; nur wurde gewünscht, daß nicht so bürokratisch verfahren werde bei Erledigung von Anfragen, bei der Bilanz wird Trennung einiger Ausgabenposten verlangt, ferner Mehrbewilligung von Beihilfen zur Agitation in den kleineren Bezirken. Auch werden Angaben über die Organisationsverhältnisse an den einzelnen Druckorten für erforderlich gehalten. Hannack geht auf die einzelnen Wünsche ein, die möglichst berücksichtigt werden sollen, soweit es das Organisationsinteresse zuläßt. Bürokratismus lege ihm überhaupt nicht; er ist die ausführende Person des Gauvorstandes, der das größte Mitbestimmungsrecht hat und ausüben kann. Nach einigen persönlichen Bemerkungen wird dem Gauvorstande für die Zeit von 1913 bis Juni 1920 einstimmig Entlastung erteilt.

Beim Punkte 2: „Besprechung über die organisatorischen und tariflichen Verhältnisse im Gau“, schildert der Vorsitzende den Gang der Steuerungsanlagen, von 15 bis 23 Mk. in 1918, auf 140 bis 200 Mk. zu heute, die noch immer nicht das zum Leben nötige Minimum erreichen, da der Geldwert ja nur ein Viertel von 1914 beträgt. Von der Kriegskonjunktur hat das Buchdruckgewerbe keinen Nutzen gehabt; andre Industrien erzielten Zuschüsse, uns wurde alles verweigert, Aufträge zurückgezogen und dergleichen, was zu einer wachsenden Arbeitslosigkeit und letzten Endes zur Lohnrückkehr führen werde. Der Tarif ist gekündigt und die Tarifgemeinschaft müsse der Zeit entsprechend ausgebaut werden; es sei ja nicht das Wohlwollen, aber immer noch besser wie Organisationsstärke und dergleichen Experimente. Die Reihenfolge der Ordnung ist auch eine Ertragsleistung, die richtig angeordnet, viel Arbeit verursacht, aber zum Nutzen des Gewerbes dienen muß. Die Organisation ist in die Breite, aber nicht genügend in die Tiefe gegangen, und die Agitation wird erschwert durch die hohen Fabrikkosten zu Bezirksfesten und Vertrauensmännerkonferenzen, darum muß selbstig an jedem Orte gearbeitet werden, bis andre Verhältnisse eintreten. Anregungen genügt geben „Korr.“, „Korrespondenzblatt des Gewerkschaftsbundes“, „Betriebsratzeitschrift“, „Bildungsverband“, „Jungbuchdrucker“. Gruppische Kartelle sind überall zu gründen, um den Zusammenhalt im graphischen Gewerbe zu fördern. Systematischer Auf- und Weiterbau allein kann uns helfen, dazu müssen die Gewerkschaften die Führung übernehmen.

Nach einer kurzen Aussprache erteilt Hannack einem Bericht über die Beschlüsse der idealen Kommission auf der Generalversammlung. Da hierüber der „Korr.“ ausführlich berichtet hat, erlischt sich die Wiedergabe der Ausführungen. Seitens verschiedener Kollegen wurden Mitteilungen über die Gehaltsfestsetzung der Generalversammlung gemüßigt; der „Korr.“-Bericht sei den Anwesenden vollkommen bekannt.

Hierauf wird durch die Kommission bekanntgegeben, daß Einwendungen gegen die Teilnehmer nicht vorkämen, daß die Mandatsliste gültig liege. Es wird festgestellt, daß zu künftigen Gau-tagten alle Wahlprotokolle mitzubringen sind, um eine einwandfreie Prüfung zu ermöglichen.

Nach einer Mittagspause von einer Stunde folgt die Aussprache ein. Aus den Ausführungen der Redner sei hervorgehoben: Vor der Aufhebung der Tarifgemeinschaft wird gewarnt, die Verhältnisse während der tariflosen Zeit

müssen abschätzen, die Propagierung des Rätegedankens führe auch zu keiner Besserung, durch den Streik verschlechtern sich die Verhältnisse noch mehr. Eine Besserung in der Entlohnung ist fühlbar erst seit der Revolution eingetreten. Entgegen Ostwer ist festzustellen, daß kleinere Preise oft teurer sind wie manche Großstadt, und trotzdem sind sie ständig zurückgesetzt worden, wie die Differenz von 140 Mk. zu 200 Mk. bei der Steuerungsanlage beweist. Mancher Prinzipalvertreter arbeitet gegen günstigere Abmachungen mit dem Personal und damit gegen die tariflichen Bestimmungen. Oft haben die Prinzipale zugestanden, daß sie von diesem Tarif Vorteil gehabt haben; die Gehilfen verenden aber dabei. Die jetzigen Zulagen sind durch Steuern u. dgl. längst aufgezehrt. Das Gewerbe kann mehr Belastung vertragen. In einen Abbau ist vorläufig nicht zu denken. Die großen Stafflungen zwischen Provinz und Großstadt müssen beseitigt werden, aber nicht nach unten, sondern nach oben. Wenn die Preise um 40—50 Proz. fallen, verzehren wir auf Steuerungsanlagen in der jetzigen Höhe. Jeder muß selbst etwas tun, nicht alles von oben verlangen und auf die andern schimpfen. Die besten Gesetze nützen nichts, wenn die Bürger nicht dazu erzogen sind. Nachdem der Vorsitzende Hannack auf die einzelnen Redner eingeworfen hat, wird beschlossen: Der Gau-tag stellt sich ohne Widerspruch auf den Standpunkt, den die Resolution zu Punkt III der Generalversammlungstagesordnung mit dem Zusatz Schaeffer einnimmt.

Hierauf berichtet Wesenberg (Potsdam) über die materiellen Beschlüsse der Generalversammlung, dabei auf die wiederholte Bekannmachung des Verbandsvorstandes verwelfend. Kurz gibt er die Beweggründe an, die die Kommission und dann das Plenum bei den Beschlüssen geleitet haben. Bebauert wird seitens eines Redners, daß den Kriegsteilnehmern die Dienstzeit nicht als Beitragswochen, auch nicht zu einem Teil, angerechnet werden soll. Der vorgeschlagene Satz wegen wird von einigen Delegierten beantragt, den Gau-tag zu versagen und am nächsten Tage weiter zu verhandeln. Der hohen Kosten wegen wird dieser Antrag abgelehnt. Es wird eine Kommission aus zehn Mitgliedern gewählt, die die Anträge zum Gau-tag vorbereiten und dann dem Gau-tagspersonal Vor schläge machen soll. Ein inzwischen erschienenen Kollege (vom Gau-tag extra geladen) gibt als Mitbestimmter Aufklärung über die seitens der Kollegen bei der Abfertigung der Gemeinde- und sonstigen Behörden unternommenen Schritte, um den Verkauf der Druckerei Imberg & Lesson (Neubabelsberg) rückgängig zu machen und die Verlebung von Maschinen, Schriften und Material in das Ausland zu verhindern. Der Gau- und Bezirksvorstand sind um Hilfe nicht angegangen worden, sondern erließen nur ein oder zwei Schreiben zur Benachrichtigung. Dem Hauptvorstand wurde der Vorwurf der Untätigkeit gemacht, was Kollege Fülle entschieden zurückwies. Da durch die Aussprache, an der sich zehn Kollegen wiederholt beteiligten, eine Klarstellung nicht zu erzielen war, wurde beschlossen, daß der Gauvorsteher, Bezirksvorsteher und die Kommissionsmitglieder der Neubabelsberger Kollegen am Montagvormittag sich auf dem Verbandsbüreau einfinden und die weiteren Maßnahmen einzuleiten haben.

Als geschäftsführende Personen des Gauvorstandes werden gegen eine Stimme auf Antrag Steffin gewählt; Hannack als angestellter Gauvorsteher, Billa als Gaukassierer, Duchäus als Gau-Schriftführer.

Der Antrag der Plänenkommission: „Tagegebet, Übernachten, Fahrt dritter Klasse, Arbeitsentlohnung für Sonnabend bzw. Montag“, wurde einstimmig angenommen.

Das Gehalt für den besoldeten Gauvorsteher wird festgesetzt auf Klasse III der Reichsliste, die von der Generalversammlung festgelegt sind, monatlich 1395 Mk. — jährlich 16740 Mk., dazu ein monatliches Gehalt als Aufwandsentschädigung. Ferien vier Wochen. Gültig ab 1. April 1920. Einige Redner wandten sich gegen die Herabsetzung in die dritte Klasse, die Empfehlung der Generalversammlung sollte bindend sein; andre bemängelten die Aufwandsentschädigung mit einem Monatsgehalt, da die Arbeitskollegen auch keine Arbeitsentschädigung erhalten, andre wollten nur ein halbes Monatsgehalt bewilligen, schließlich wurde obiger Beschluß gefaßt. Der Obergau sei kein großer Gau und bei einer beachtlichen Neueinstellung werde er noch kleiner werden, es sei ja nur ein Proporzium bis zur nächsten Generalversammlung. Den sechs nichtangestellten Gauvorstandsmitgliedern wurden jährlich 1500 Mk. überwiesen, die sie unter sich verteilen sollen, da die Kommission bzw. der Gau-tag nicht genügend über die Arbeit der einzelnen Mitglieder informiert sei, um für jeden Polsten einen bestimmten Satz festzusetzen. Als Anerkennung für die geleistete Arbeit während der sechs Jahre 1914—1920 wurde dem stellvertretenden Gauvorsteher Reinicke und dem Schriftführer für die Erledigung der Abrechnungsgeschäfte, die er mitübernehmen mußte infolge der Einderung Hannacks, der Betrag von je 500 Mk. zugewilligt; ein weitergehender Antrag auf je 1000 Mk. wies der Ablehnung.

Zur Bewilligung von außerordentlichen Unterstützungen wird dem Gauvorstande freie Hand gelassen, wie schon 1913 in Oberswalde beschlossen. Den Ort für den nächsten Gau-tag kann der Gauvorstand im Ein-

vernehmen mit den Bezirksvorständen selbst bestimmen; die von einzelnen Rednern gemachten Vorschläge wurden als nicht ganz bar angesehen.

Da die Statutkommission noch nicht fertig ist, werden einige Angelegenheiten unter „Verschiedenem“ besprochen: Beschaffung von „Jugendbuchdruckern“ auf Gauhollen, bureaukratische Handhabung der Geschäfte durch den Geschäftvertreter, Stellungnahme zu den Beschlüssen der Vorstände in Gemeinschaft mit den Kartellen, z. B. zur Arbeitsruhe am 1. Mai, Zusammenarbeiten mit dem Gauverband. Ein Teil der Anfragen wird sofort beantwortet, ein anderer Teil wird auf schriftlichem Weg erledigt werden müssen.

Die Statutkommission erstattete darauf Bericht, ihre Vorschläge werden en bloc angenommen. § 3. Die Bezirksaufstellung, wie sie der Gauvorstand vorschlägt, wird aufgegeben mit der Ausnahme: Neupaur kommt zum Bezirk Kreiswald. Der Bezirk Frankfurt wird nicht geteilt. Bezirk Prenzlau wird nicht gebildet. § 10. Auf Antrag Potsdam werden einheitliche Verwaltungsbücher beschafft. § 23c. Die Bezirke erhalten 7 1/2 % Proz., die Gaukasse 5 Proz. von dem durch die Generalversammlung bewilligten Verwaltungszuschusse von 12 1/2 % Proz. § 23d. Antrag Stargard auf Beihilfe zu Fahrkosten zu Bezirks tagen wird mit Rücksicht auf die bewilligten 7 1/2 % Proz. abgelehnt. In besonderen Fällen kann der Gauvorstand Beihilfe leisten, doch muß der Bezirksbeitrag mindestens 25 Pf. wöchentlich betragen. Die Anträge Stolberg, Stargard in ähnlicher Richtung werden juridisch abgelehnt. Neue Zuschüsse zur Zahlung von Sterbegeld für verstorbene Kollegen, Ehefrauen oder Witwen zu gründen, laut Antrag Prenzlau, lehnt der Gauverband durch Übergang zur Tagesordnung ab. § 25 fällt fort, da der Gauzuschuß durch Übernahme auf die Verbandskasse aufhört. Zu § 26 wird ein Antrag Steffin angenommen: Jeder Bezirksverein muß durch seinen Vorsitzenden vertreten sein, der stimmberechtigt ist. Außerdem wählen die Bezirke auf je 75 Mitglieder einen Delegierten, wobei überschüssige 40 und mehr Mitglieder für voll zählen. Die Wahl findet direkt und geheim durch Abstimmung statt. Absolute Mehrheit entscheidet. Der Wahltag wird vom Gauvorstand festgesetzt.

Hierauf wird nach lebhafter Debatte ein Antrag Subl. ergänzt durch Klein, angenommen, wonach der Gauvorstand berechtigt ist, in seiner Gesamtheit auf den Gau tagen zu erscheinen, und zwar nur mit beratender Stimme.

Der Gaubeitrag bleibt auf 25 Pf. wöchentlich bestehen.

Unter „Verschiedenem“ wird weiter festgestellt, daß Mittdruckerereien noch bestehen in Jüterbog, Abwidlungsfelle 17 und Generalkommando in Stettin. Aber die vom Verbandsvorstand vorgeschlagene Neueinteilung der Gauen, wobei der Dergau um bald die Hälfte seiner Mitglieder verlieren werde, wird eine im Herbst d. J. einzuberufende Bezirksparlamentarierkonferenz beraten. Das Resultat der Neubabelferber Verkaufsangelegenheit wird den Bezirksvorständen baldmöglichst zugänglich gemacht. Anfragen über Invaliden mit Nebenverdienst, Kriegsbeschädigte mit Invalidenvorbehalt und einige kleinere Sachen werden schriftlich erledigt.

Hannack spricht sodann den Delegierten und damit den Kollegen des Dergaues den Dank für die empfangene Kriegsunterstützung seiner Familie aus, dankt ferner den Potsdamer Mittdruckern, den Sängern für ihre freundliche Begrüßung und Aufnahme, den Delegierten für ihre während der Tagung bewiesene Ausdauer. Die Tätigkeit des Gau tages werde zum Segen der Organisation gereichen und so müsse es auch ferner bleiben. Hierauf wird der Gau tag mit einem Hoch auf den Verband um 7 1/2 Uhr geschlossen.

### Gau Mecklenburg-Lübeck

Nach siebenjähriger, durch den Krieg bedingter Pause fand am 11. Juli die 24. Hauptversammlung unfres Gaus im zentralgelegenen Bad A. seinen statt. Eine reiche Tagesordnung hatte dieser einfältigen Sitzung, und dank guter Vorarbeit und besten Willens gelang das Vorgegebene in achtstündiger intensiver Arbeit. Anwesend waren der Gauvorstand mit fünf Mittdruckern, die Mittdruckerinnen mit 44 Abwesenden. Als Gäste begrüßten wir unsern Gehilfenkreisvertreter Kuntzer (Samburg) und den Gauhallerer Kollegen Pöschel (Nied).

Gauvorsteher Dahndie eröffnete die Tagung nach der Begrüßung der Anwesenden mit der Ehrung der Verstorbenen, insbesondere unfres unvergeßlichen Bößlin sowie des Gehilfenvertreter W. Dreier (Samburg).

Die Berichte aus den Mittdruckerkreisen lieferten durchweg günstige. Das Vereinsleben pulsierte reger; während der Stapp-Aufstände herrschte gute Disziplin und vollste Einigkeit. Das Gespenst der drohenden Arbeitslosigkeit zeigte sich aber auch hier schon, insbesondere infolge Einnehmens mehrerer Leitungen.

Dem mit vielem Beifall aufgenommenen Geschäftsbericht unfres Gauvorstehers war zu entnehmen, daß es in der Berichtszeit viel Arbeit gab, die in fastlicher Weise organisiert wurde. In dieser Zeit von 624 auf 854. Zu der ausführlichen Berichterstattung des „Korr.“ über die Nürnberger Generalversammlung brachte Kollege Dahndie noch einige Einzelheiten.

Der Antrag Kollodt, den Gau in Bezirke mit selbständiger Leitung einzuteilen, wurde angenommen. Der Gauverband wurde mit der Dreiecksgliederung beauftragt. Die bisherigen Zustände zur Umzugsbeihilfe wurden um das Dreifache erhöht. Die Vertreterzahl zu den Gau tagen wird in etwa 20, kleine auf je 15 Mitglieder einen Vertreter;

einzelstehende Mitglieder sowie ganz kleine Mittdruckerkreise werden wie bisher zu einem Wahlbezirk (je 15) verbunden. Der Gauvorstand entscheidet (wie bisher) mit seinen fünf Mitgliedern über die Tagung.

Eine Ausrede wurde geblasen über die Weiterbildung der Mitglieder, namentlich in den kleineren Orten. Gerügt wurde die schlechte Lehrlingsausbildung seitens mancher Gewerbe, wie auch die Interesslosigkeit an dem Fortbilden mancher junger Kollegen, die für alles andre, nur nicht für ihre fachliche Weiterbildung sorgten. Durch Gründung graphischer Vereinigungen, wie sie in mehreren Orten bereits bestehen, mit Anschluß an den Bildungsverband, durch Austausch guter Drucksachen und sonstigen Anschauungsmaterials soll diesen Befahren Rechnung getragen werden.

Aber die erfolgte Tarifkündigung hielt Gehilfenvertreter Kuntzer (Samburg) einen orientierenden Vortrag. Er ging von der Einführung des Tarifs aus; führte die farblose Zeit mit all ihren unerquidlichen Begleiterscheinungen vor, kam dann auf die Tarifgemeinschaft während der Kriegsbauer zu sprechen, dabei die Nicht- und Schattenseiten genau abwägend. Ohne Frage seien wir durch die Tarifgemeinschaft vorwärts gekommen. Wenn manches zu wünschen übrig bliebe, so wären daran die Verhältnisse schuld, die sich nicht immer melftern lassen, nicht aber die Tarifgemeinschaft. Seinen Vortrag schloß unser Gast mit einem Ausblick auf die vor uns liegende ernste Zeit, dabei die Kollegen für die Einigkeit mahnend und die gewerkschaftlichen Ziele fest und klar im Auge zu behalten. Reicher Beifall wurde diesen Ausführungen zuteil.

Die vom Verbandsvorstand in Aussicht genommene neue Gaueinteilung (gleich den Tarifkreisen), also Samburg-Altona, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Lübeck zu einem Gau zu verschmelzen, fand von allen Rednern scharfen Widerspruch.

Jedem Mitgliede soll ein Generalversammlungsprotokoll zugestellt werden. Die Hälfte der Kosten übernimmt die Gaukasse. Ebenfalls wird das „Korr.“-Obligatorium (wie bisher) beibehalten werden.

Der Gaubeitrag bleibt in alter Höhe, die Entschädigung der Vorstände usw. wurde zeitgemäß festgesetzt.

Die von der Mittdruckerkreise Schwerin angeregte Aussprache über die Anstellung eines Gauverwalters war recht ausgiebig. Die immer mehr anwachsende Arbeit unserer leitenden Kollegen in Vereins- und Tarif sachen ist nebenberuflich schwer noch zu erledigen. Eine Kommission aus den größeren Mittdruckerkreisen wird diesem Punkt ihre Aufmerksamkeit widmen und denselben weiter verfolgen.

Aus der Wahl des Vorstehers und des Kassierers gingen unsre beiden bewährten Kollegen Dahndie und Dorn einstimmig hervor, also bleibt der Vorort in Schwerin.

Der nächste Gau tag findet 1922 in Schwerin statt; er soll mit der Feier der 50jährigen Wiederkehr der Vereinigung des Gaus Mecklenburg-Lübeck verbunden werden.

Nach dem Punkte „Verschiedenes“ gab Kollege Dahndie einen Überblick über die geleistete Arbeit, erhoffte alles Gute von diesen Beschlüssen, dankte den Delegierten für die Mithewaltung und schloß den Gau tag mit einem Hoch auf unsern Hof, den Verband der Deutschen Buchdrucker, das brausenden Widerhall weckte. G-w.

### Korrespondenzen

O. Kempten (Walgau). Der hiesige Ortsverein vereinigte sich am 27. Juni zu einer solchen Johannisfeier, zu der auch die umliegenden Druckerorte eingeladen und zum Teil erschienen waren. Der Vormittag galt einer allgemeinen Buchdruckerversammlung mit einem Referat: „Die Lehren der Nürnberger Generalversammlung“, des Kollegen A. König (Halle), der die Teilnahme an der Nürnberger Tagung dazu benutzte, um auch mit den Kollegen des südlichsten Teiles Deutschlands in engere Fühlung zu treten. Der Nachmittag wurde ausgefüllt mit einer Familienfeier, bestehend aus Musik- und Gelangsvorträgen, wobei auch noch offiziell des Kollegen Martin Kraus anlässlich seines 50jährigen Berufsjubiläums in ehrender Weise gedacht wurde.

Am 27. Juni hatten sich die Kollegen mit ihren Angehörigen in stattlicher Zahl im großen Saale des „Gürzenitz“ zur Johannisfeier eingeladen. Nach einem weisheitsvollen Orgelvortrag der G-moll-Sonate von J. Haydn durch Herrn Organisten J. Schwallier, hieß der Vorsitzende des Bezirksvereins Köhn, Kollege M. o. s., die Erschienenen herzlich willkommen. Er führte u. a. aus, daß der Gedanktag des Erfinders der Buchdruckerkunst zum allgemeinen Festtag der Buchdruckerorganisation geworden sei. Der Verband der Deutschen Buchdrucker habe sich seit seinem Bestehen als starker Hort der Gehilfen erwiesen und viele Kämpfe um die Hebung der Gehilfenchaft in wirtschaftlicher und idealer Beziehung ausgefochten. Diese Erfolge seien nur durch kollegiales, einträchtiges Zusammenstreben der Gehilfen möglich gewesen. Auch die kommende Zeit erfordere einen festen Zusammenhalt aller Gehilfen, wozu auch die Johannisfeier mit beitragen möge. Eine besondere Wirkung erzielte Frau Klara Benner durch ihre vorzügliche Sprechkunst mit dem Vortrage „Prometheus Gutenberg“, von Herrn Redakteur G. Beyer (Köln) verfaßt. Der Redakteur schloß in dem Vortrage Gutenbergs Wirken wie folgt: Gleichwie Prometheus als ein Wohlthäter der Menschheit gilt, da er ihr das Feuer als Grundbedingung aller Kultur überbrachte, so könne auch Gutenberg durch die Erfindung der beweglichen Lettern als zweiter Wohltäter angesehen werden; denn durch die Buchdruckerkunst sei der Menschheit der Aufstieg zu höherer Kultur und Er-

kennntnis möglich geworden. Mit dem Vortrage weiterte die Sprechkunstlerin lebhaften Beifall. Sodann sprach Herr Studienrath Bourgeois über „Die Buchdruckerkunst im Dienste der Volkskultur“. Die Geschichte der Buchdruckerkunst nebst den Begleiterscheinungen seit ihrer Erfindung bilde die Geschichte der Menschheit überhaupt. Die Buchdruckerkunst sei das wichtigste Mittel im Kampfe des Fortschritts gegen die Reaktion. Sie ermögliche, bei wirtschaftlichen und geistigen Kämpfen Bewegung in die breiten Menschenkreise zu bringen. Das gesprochene Wort sei schnell verhallt. Da jedoch der Mensch eine Sehnsucht nach etwas Dauerndem habe, so sei er mit Naturnotwendigkeit zur Erfindung der Schrift gedrängt worden. Der Sprechende sei räumlich und zeitlich eingekerkert, doch die Buchdruckerkunst habe dem schreibenden Menschen die Möglichkeit verschafft, die Grenzen der Zeit zu überwinden. Hierdurch sei Wissen und Wissenschaft nicht mehr der Besitz einer kleinen Klasse geblieben. Anfänglich als Handwerk betrieben, habe sich das Buchdruckerhandwerk, besonders nach Einführung der Gewerbesteuer im 19. Jahrhundert, in Deutschland zur Industrie entwickelt und eine Arbeitsstellung wie Holzschneider, Illustriator, Drucker usw. im Gefolge gehabt. Das Buchdruckerhandwerk sei auf Massenherstellung von Zeitungen, Büchern usw. in kürzester Zeit angewiesen. Jeder Buchdrucker habe lesen und schreiben können müssen, da der Beruf dies voraussetze. Zur Abwehr gegen Ausbeutung durch die Arbeitgeber seien die Gehilfen im Jahre 1866 zur Gründung ihrer Organisation gedrängt, die auch heute noch als Vorbild einer Arbeiterorganisation angesehen werden müsse. Ohne Buchdruckerkunst seien revolutionäre Bewegungen unmöglich, und daher sei sie als beste Macht erkannt worden. Kirche und Staat hätten sich ihrer in weitem Maße zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung bedient. Erst durch Schaffung einer selbständigen Organisation einer nichtkapitalistischen Presse, die nur den Arbeiterinteressen diene, sei der Vergewaltigung der öffentlichen Meinung ein mächtiger Damm gesetzt worden. Leider seien durch den Krieg die Herstellungskosten der Druckereiergebnisse ins Unermessliche gestiegen, wodurch gute und billige Bücher immer seltener würden. Dadurch seien die Schriftsteller in eine Nothlage geraten und das deutsche Schrifttum ernstlich gefährdet. In der kommenden Zeit seien jedoch gute billige Bücher notwendiger denn je, und dieser Umstand dränge zur Sozialisierung des Buchdruckerhandwerkes. Zu einer befriedigenden Lösung dieser Frage sei das Mitwirken der Buchdruckerorganisation eine Notwendigkeit, denn die Hebung der Volkskultur könne der Buchdrucker nicht gleichgültig sein, zumal der Hochstand des geistigen Lebens des deutschen Volkes auch in seinen Erzeugnissen Ausdruck finde. Die Buchdruckerkunst habe in der Vergangenheit zur Hebung der Volkskultur große Dienste geleistet, und sie bleibe auch die Grundlage neuer, entwicklungsunfählicher. Reicher Beifall lohnte dem Redner. Recht lobenswerte Leistungen bot der Gelangverein „Gutenberg“ unter der bewährten Leitung seines Chormeisters Herrn S. Nicolai mit dem Vortrage der Chöre „Morgenlied“ von Rich und „Sonnenaufgang“ von Brambach sowie mehrerer Volkslieder von Hanemann, Mair und Kirch.

Ostern (Hanz). In der Versammlung am 12. Juni gedachte Vorsitzender Jappe vor Eintritt in die Tagesordnung eines verstorbenen Kollegen; das Andenken desselben wurde in der üblichen Weise gehalten. Unter „Bereinsbericht“ fanden einige interne Sachen ihre Erledigung. Hierauf ging der Vorsitzende auf das Ergebnis der Tarifabschließung ein. In der Diskussion wurde einstimmig und mit recht scharfen Worten Protest gegen die letzte Steuererhöhung erhoben und das wenig soziale Verständnis der Prinzipale gerügt. Trotzdem wurde alleseitig anerkannt, daß unsre Vertreter alles getan haben, was in ihren Kräften stand. Die Verammlung beauftragte den Vorstand, eine scharfe Entschliebung gegen das Ergebnis unfrem Gehilfenvertreter zugeben zu lassen.

Stuttgart. Die Reiben derer, die an der Woge des Verbandes standen, lichten sich immer mehr. Ab und zu nur hat der Chronist des „Korr.“ den Seingang eines solchen Affen zu verzeichnen; da dürfte es wohl angebracht sein, auch der noch lebenden alten Serren zu gedenken, die nicht nur alles miterlebte, sondern auch kräftig dabei mitgewirkt haben — wenn sich dazu ein Anlaß bietet. Dieser Anlaß ist geboten beim Kollegen Friedrich Wndes, hier, der am 18. Juli seinen 75. Geburtstag feiert. Die schwarze Kunst erlernte er in seinem Geburtsort Essen; mit kurzer Unterbrechung lebt er seit 1867 in Stuttgart. Gerade an seinem Geburtstage hielt er vor 53 Jahren seinen Einzug in Stuttgart, wo dem lakräftigen und redgewandten Kollegen das größte Vertrauen alleseitig entgegengebracht wurde. Außer verschiedenen andern Vorstandsamtern bekleidete er verschiedne Jahre das eines Gauvorstehers, wirkte dann während des Stuttgarter Domizils des in „Anfängervereine“ umgekauften Verbandes erst als Verwalter, dann als Hauptkassierer und später als Kassierer der Zentral-Invalidenkasse in Eim. Bei den meisten Generalversammlungen war Wndes als Delegierter oder Vorstandsmittglied vertreten und ebenso war er als Gehilfenvertreter bei Tarifverhandlungen für seine Kollegen tätig. Es dürfte von den noch lebenden Verbandsveteranen in Deutschland keinen mehr geben, der in dem Alter auf eine solche vielseitige und wirksame Verbandstätigkeit zurückblicken kann. Unser Freund Rich ist körperlich und geistig noch sehr rüstig. Möge dem Gmündlichkeitsfähigen, der erst kürzlich nach 25-jähriger Tätigkeit sein Amt als Direktor der Württembergischen Konsumvereine niedergelegt, noch mancher Schoppen von dem jäh leider so teuren köwäblichen Nebenballe als Alterszulage und Kräftigungsmittel beschieden sein.